

DIESE GRÜNEN!



EINWOHNERMELDEAMT

■ NACH WIE VOR UNZUMUTBARE WARTEZEITEN



Foto: Privat
GRÜNE versüßen ca. 80 Bürger*innen mit kleinen Leckereien die Wartezeit

Wussten Sie, dass die Umstrukturierungsmaßnahmen bei den Bürgerämtern, die 2010 von SPD und CDU im Rat beschlossen wurden, 300.000 Euro im Jahr an Einsparung bringen? Infolge dieses Beschlusses wurden unter anderem die Öffnungszeiten und Leistungen der Bürgerbüros in den Stadtteilen drastisch eingeschränkt und die Dokumentbearbeitung – wie zum Beispiel die Beantragung und Abholung von Personalausweisen und Reisepässen – zentral an den Steinweg verlagert. Diese Entscheidungen tragen wesentlich zu den immer wiederkehrenden Problemen hinsichtlich der Warte-

zeiten im Einwohnermeldeamt bei, die trotz Zusicherung der Stadt bis heute nicht behoben werden konnten.

Wussten Sie, dass die Einrichtung eines neuen Dezernats den städtischen Haushalt mit 300.000 Euro im Jahr belastet? Diese Zahl wurde 2010 in genau demselben Sparpaket ermittelt, in dem auch die Leistungseinschränkungen bei den Bürgerbüros enthalten waren. Am 09.03.2015 beschlossen SPD und CDU die Bildung eines zusätzlichen Geschäftsbereichs für den neuen SPD-Dezernenten für Beteiligung. So setzt jede politische Mehrheit ihre eigenen Prioritäten ...

CARNAPER PLATZ GERETTET

■ BÜRGERENGAGEMENT ERFOLGREICH

Das großartige Engagement des Rotter Bürgervereins und vieler Bürger*innen sowie das angekündigte Bürgerbegehren haben dazu geführt, dass die WSW auf die Bebauung des Carnaper Platzes verzichten.

Eine gute Entscheidung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, die sich für den Erhalt und damit auch für eine öffentliche Nutzung des Platzes eingesetzt haben.

Bislang brachten die WSW, die Stadtspitze und die große Kooperation im Rat keinerlei Verständnis für den Wunsch der Bürger*innen nach Beteiligung bei der Frage der Zukunft des Platzes auf, vielmehr wurde das Engagement der Bürgervereine immer wieder als starrsinnig kritisiert. Das Risiko eines erfolgreichen Bürgerbegehrens war den Verantwortlichen wohl doch zu hoch. Der Rückzug kam zu einem Zeitpunkt, an dem sich die Menschen eindeutig für den Erhalt des Platzes aussprachen. Die geplante Bebauung ist mittlerweile auch ein Symbol für die mangelhafte Kommunikation und Transparenz seitens Stadtspitze, WSW und Rathausmehrheit. Schulduweisungen an die Bürger*innen, sie würden einer wichtigen städtebaulichen Entwicklung im Wege stehen, sind vollkommen unangemessen. Nicht sie haben den schlechten Zustand des Carnaper Platzes zu verantworten, sondern die Politik und die Stadtspitze, die jahrelang nicht bereit waren, in die Veranstaltungsfläche zu investieren.

Der Carnaper Platz ist ein gefragter Ort und kein Trümmerfeld, wie der Stadtkämmerer behauptete, das zeigen die aktuellen Veranstaltungskündigungen für die nächsten Wochen. Nach dem Rückzug der WSW ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um gemeinsam darüber nachzudenken, wie der Platz zukunftsfähig gemacht werden kann. Wir begrüßen daher die Initiative der Bezirksvertretung Barmen, die im Rahmen eines runden Tisches mit Expert*innen darüber diskutieren möchte, was zur Ertüchtigung der Fläche getan werden kann, und werden uns gerne an diesem Prozess beteiligen. Die WSW müssen nun ihr Neubauprogramm an anderer Stelle realisieren. Wir sehen die Notwendigkeit für das Unternehmen, im Interesse der Gesundheit seiner Mitarbeiter*innen eine Alternative zur stark schadstoffbelasteten Konzernzentrale zu finden. Die GRÜNEN haben in der Diskussion immer darauf hingewiesen, dass eine Bebauung des WSW-Grundstücks eine sinnvolle und verträgliche Lösung wäre. Alternativ gibt es auch heute schon Grundstücke in der Nähe der Bromberger Straße, die dringend einer Nachnutzung bedürfen und dann ebenfalls zur Aufwertung von Barmen beitragen würden. Wir werden die Stadtwerke bei der Suche nach einem geeigneten Standort gerne unterstützen, damit die Mitarbeiter*innen zukünftig in einem unbelasteten und gesunden Umfeld ihrer Arbeit nachgehen können.



GUTEN TAG!

Liebe Leser*innen,

in dieser Ausgabe unserer Fraktionszeitung zeigen wir Ihnen wieder viele Facetten der aktuellen Politik, die wir kritisch begleiten. Wir berichten über das GRÜNE Engagement im und um das Rathaus.

Unsere Fraktion ist auf 11 Stadtverordnete angewachsen, weil sich Oliver Graf von den Piraten der GRÜNEN Fraktion angeschlossen hat. Was ihn dazu bewogen hat, erläutert er Ihnen gern.

Weitere Themen sind ein Bericht über unseren Frühlingsempfang, das Projekt Wegweiser gegen Salafismus, Neues zum Döppersberg, die Gesundheitskarte für Flüchtlinge und vieles mehr.

Genießen Sie die Zeitung, aber auch die schönen Tage in vollen Zügen!

Ihr Redaktionsteam

ZWEI SEITEN DER MEDAILLE

■ GRÜNE UNTERSTÜTZEN DÖPPERSBERG MIT BAUCHSCHMERZEN

Für die GRÜNE Fraktion ist und bleibt der Döppersberg ein wichtiges Stadtentwicklungsprojekt – für bessere Verbindungen von Bus und Bahn und für Fußgänger*innen. Noch vor einem Jahr klagten die Nutzer*innen der Busse am alten Busbahnhof über die unhaltbaren Zustände, die gefährlichen Umsteigebeziehungen zwischen den haltenden Bussen und über den unattraktiven Tunnel zum Bahnhof.

Jetzt sollen die Menschen wieder im Mittelpunkt stehen und nicht die Autos. Der Busbahnhof ist bereits erkennbar, die Tieferlegung der B 7 bedeutet eine attraktive Wegebeziehung mit einer neuen Brücke zum Bahnhof. Mit diesen Maßnahmen wird ein wichtiger Schritt weg von der autogerechten Stadt hin zu einer modernen, nachhaltigen Verkehrsführung getan. Das unterstützen wir GRÜNEN ausdrücklich.

Der aktuelle Beschluss zum Verkauf des Platzes vor dem Bahnhofsgebäude an den privaten Investor Signature Capital bedeutet aber auch, dass mit der Textilkette Primark ein Mieter an diesen herausragenden Standort kommt, dessen Geschäftspolitik wir nicht guthei-



Foto: Mathias Kehren

ßen können. „Fast Fashion“ – schnell wechselnde Mode, für deren niedrigen Preis man buchstäblich untragbare Arbeitsbedingungen in den Herstellerländern in Kauf nimmt.

Schade, dass es der großen Kooperation aus CDU und SPD nicht gelungen ist, ein würdiges Aushängeschild für diesen Platz zu finden. Die Gegner dieses Teils des Projektes sprechen davon, dass der Platz dann doch besser leer geblieben wäre. Aber ist das die Alter-

native? Die Stadt hat kein Geld, um einen leeren Platz, eine leere Brücke in die City zu gestalten und zu bebauen. Daher war von Anfang an das Engagement eines privaten Investors eingeplant. So kommen kleine Läden und Cafés auf die Brücke und schaffen ein echtes Eingangstor zur Stadt. Das Gebäude, das Signature Capital baut, ist so gestaltet, dass es nicht extra für Primark gebaut wird, sondern für eine Einzelhandelsnutzung. Wenn der Trend

Primark vorbei ist, kann schnell ein anderer Händler einziehen. Die Diskussion über die Qualität eines Billigtexthanbieters an dieser Stelle ist berechtigt. Aber in dieser Hinsicht sollte sich jede*r an die eigene Nase fassen. Wir selbst bestimmen durch unser Konsumverhalten, welche Geschäfte in die Stadt kommen und erfolgreich sind, und wir können auch auf die Unternehmen einwirken.

Die GRÜNEN haben in der Ratssitzung am 9. März 2015 gefordert, dass Primark dem „Bündnis für Fairness“ des Bundesentwicklungsministers Gerd Müller beitrifft, dem Textilbündnis für bessere Arbeitsbedingungen in den Kleidungsfabriken der Entwicklungsländer.

Diese Forderung hatten wir bereits am 10.02.2015 in der Sondersitzung des Rates mündlich vorgebracht, die Fraktionen von CDU und SPD hatten aber Beratungsbedarf darüber, ob sie dieses Bündnis eines CSU(!)-geführten Ministeriums unterstützen können. SPD und CDU brachten in der Ratssitzung am 09.03. einen inhaltlich ähnlichen Antrag ein, den wir mit Änderungen beschlossen haben.

AUS DEM INHALT

Seite 2
Frühlingsempfang

Seite 3
Unverzichtbar im Alltag:
Zukunft der Sprach- und
Integrationsmütter*innen
unklar

Seite 4
One Billion Rising 2015

Seite 5
Heiios übernimmt
Sankt Anna-Klinik

Seite 5
Radverkehr in Wuppertal





GRÜNER FRÜHLINGSEMPFANG

Bei strahlendem Sonnenschein und warmen Temperaturen fand am 07.03.2015 der vierte Frühlingsempfang der GRÜNEN statt. Der Einladung ins TalTonTheater folgten über hundert Menschen, die sich ehrenamtlich oder beruflich in und für Wuppertal engagieren.

Einen Tag vor dem Internationalen Frauentag wies die Fraktionsvorsitzende Anja Liebert in ihrer Begrüßungsrede darauf hin, dass die im Bundestag beschlossene Frauenquote von 30% in Aufsichtsräten lediglich ein Quötchen ist, da sie nur für die 108 größten statt für 3.500 Unternehmen gilt und auf Kommunen überhaupt keine Auswirkungen hat. Die GRÜNEN hätten sich bei dem Thema mehr Mut gewünscht, aber so ist das nun einmal bei Großen Koalitionen, egal ob auf Bundes- oder kommunaler Ebene.

In Wuppertal hat die SPD eine mögliche Alternative zur GroKo nach der Kommunalwahl 2014 abgelehnt und bleibt in der Rolle des Mehrheitsbeschaffers für Oberbürgermeister Jung und Kämmerer Dr. Slawig. Darunter leidet unsere Stadt auch weiter. Was das konkret für die politische Kultur bedeutet, mussten wir beim Carnaper Platz erleben. Dass aber die Kraft dieser GroKo nicht mehr besonders groß ist, haben wir dort ebenfalls erfahren.



Ein weiteres Beispiel: Unsere Stadt erhält nicht den Masterplan für die Steuerung des Einzelhandels, der dringend benötigt wird. Stattdessen werden nur Einzelprojekte umgesetzt, wo



Fotos: Mathias Kehren

eine Gesamtentwicklung der City notwendig wäre. Immerhin sind mittlerweile alle mit den GRÜNEN der Meinung, dass Wuppertal auf dem Weg ist, eine Fahrradstadt zu werden, auch wenn noch viele Steine aus dem Weg geräumt werden müssen.

Der Fraktionsvorsitzende Marc Schulz wies darauf hin, dass politische Alternativen existieren und GRÜNE dafür werben. Ein Beispiel hierfür ist unsere Beteiligung an der Dialogplattform Wuppertal 3.0.. An der Auftaktveranstaltung in der Villa Media nahmen 150 Menschen teil, bei der zweiten Veranstaltung im Bahnhof Mirke waren es schon 170. Das ist ein starkes Zeichen dafür, dass sich die Menschen für diese Stadt engagieren wollen – und ein Beweis, dass kein Dezernat für Beteiligung geschaffen werden muss, um Bürger*innen zu beteiligen.



Als Ehrengast erläuterte der GRÜNE Umweltminister von NRW, Johannes Rimmel, in seinem Beitrag die Notwendigkeit des Klimaschutzes und erklärte, dass dieser von unten wachsen muss.



Nur wenn Kommunen, Stadtwerke, Unternehmen und Bürger*innen ihren Beitrag leisten, kann der Klimawandel abgeschwächt und das 2-Grad-Ziel erreicht werden. Dafür brauchen wir einen neuen technologischen Schub, denn erneuerbare Energien können nicht mit althergebrachten Systemen verbunden werden. Die notwendigen Änderungen reichen von neuen Wirtschaftsformen bis hin zu einer nachhaltigen Ernährungsweise, die auf weniger Fleischkonsum setzt. Die angebotenen Häppchen waren selbstverständlich vegetarisch.

GENDER BUDGETING

Der Wuppertaler Haushalt soll geschlechtergerecht werden

Mehr als die Hälfte der Wuppertaler Bevölkerung ist weiblich. Deshalb ist die Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit eine zentrale Querschnittsaufgabe.

Die GRÜNE Ratsfraktion stellte im März den Antrag, dass der städtische Haushalt geschlechtergerecht werden soll, denn er wirkt sich sowohl hinsichtlich der Einnahmen als auch hinsichtlich der Ausgaben auf Männer und Frauen unterschiedlich aus. Das geht aber aus der Art, wie unsere Verwaltung ihn erstellt, nicht hervor.

Zwei Beispiele machen deutlich, worum es geht:

- In Köln wurden Auswirkungen von Sparmaßnahmen bei Stadtbibliotheken und Volkshochschulen beschrieben, die sicher auf Wuppertal übertragbar sind. Danach wird die Zentralbibliothek vermehrt von Männern genutzt, während Frauen eher die Stadtteilbibliotheken aufsuchen. Wer diese aus Einsparungsgründen schließt, benachteiligt also in erster Linie die Frauen.

- In Freiburg wurde ermittelt, dass der öffentliche Nahverkehr überdurchschnittlich oft von Kindern, Jugendlichen, Frauen und Senior*innen genutzt wird. Wenn hier Einsparungen vorgenommen werden, würde ihre Mobilität stärker eingeschränkt.

Mit unserem Antrag wollten wir auch den Wuppertaler Haushalt Schritt für Schritt geschlechtergerecht aufstellen. Die Verwaltung, aber auch die Fachausschüsse sollten dabei aktiv mitwirken.

Der Haushalt sollte an konkreten Beispielen dahingehend überprüft werden, inwieweit die Mittel eher einem Geschlecht zugutekommen oder ob Frauen und Männer gleichermaßen berücksichtigt sind.

Um dieses Ziel zu erreichen, sollten folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Die Verwaltung sollte klare Ziele für eine geschlechtergerechte Haushaltsführung definieren, die schrittweise umgesetzt werden sollen. Unser Ziel war es, einen geschlechtsbewussten Haushalt zu erstellen, das heißt Maßnahmen und Mittel bewusst einzusetzen,

um bestehende Ungleichheiten zu beseitigen.

- Auch die Fachausschüsse sollten mitmachen: Wir planen, in jedem Ausschuss einen Bereich für das Gender Budgeting festzulegen und dessen Umsetzung und Gestaltung schrittweise zu veranlassen.

- Um die Erfolge offenzulegen, sollte in Sitzungen des Ausschusses für Gleichstellung sowie in den Ratsitzungen regelmäßig ein Bericht über die getroffenen Maßnahmen und deren Sachstand vorgelegt werden.

Alle Argumente waren auf unserer Seite:

Die Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit ist eine zentrale Querschnittsaufgabe, die sich auf alle Arbeitsbereiche und Entscheidungsprozesse innerhalb der Wuppertaler Stadtverwaltung erstreckt.

Gender Budgeting – so der Fachbegriff für einen geschlechtergerechten Haushalt – ist Teil des Gender Mainstreamings, das der Rat der Stadt schon am 29.03.2004 beschlossen hat. Darin verpflichtet sich die Stadt, bei allen Entscheidungen die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern zu berücksichtigen, um die Gleichstellung der Geschlechter durchzusetzen. Auch im Wuppertaler Aktionsplan 2011 bis 2013 zur Umsetzung der Europäischen Charta für die Gleichstellung ist ein Schwerpunkt die Verteilung städtischer Ressourcen und Dienstleistungen auf Frauen und Männer.

Deshalb war unser Antrag nur konsequent, denn wir forderten nichts anderes als die Anwendung von Ratsbeschlüssen. Das ist aber Vergangenheit, denn trotz aller Argumente wurde unser Antrag im Ausschuss für Gleichstellung und im Rat von SPD und CDU abgelehnt. Immerhin: Es gibt kleine Fortschritte. Im Jahr 2006 wurde ein ähnlicher Antrag der GRÜNEN ohne weitere Diskussion abgelehnt, jetzt hat sich die GroKo etwas bewegt, denn die SPD schlug vor, das Thema im Gleichstellungsausschuss zu vertiefen und an einem Beispiel aus der Stadtentwicklung einen geschlechtergerechten Haushalt darzustellen. Danach soll entschieden werden, wie weiterverfährt wird.

Wir bleiben am Ball, versprochen!

GESUNDHEITSKARTE FÜR FLÜCHTLINGE

■ UMFASSENDE GESUNDHEITSVERSORGUNG SICHERSTELLEN

Auch wenn Wuppertal bei der Versorgung von Flüchtlingen im Vergleich zu anderen Kommunen schon gut aufgestellt ist, gibt es noch Verbesserungspotenzial.

Bezogen auf die gesundheitliche Versorgung ist das Asylbewerber-Leistungsgesetz für einen Großteil der Flüchtlinge problematisch. Zugang zum Gesundheitssystem erhalten sie nur, indem sie medizinische Leistungen beim Sozialamt beantragen. Durch die Ausstattung mit Krankenversicherten-Karten könnten Flüchtlinge und Asylsuchende ihre Versorgung über eine Versichertenkarte die Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen, ohne in jedem Fall eine Bewilligung der zuständigen Dienststellen einholen zu müssen. Dies bedeutet einen gleich-

berechtigten Zugang zu gesundheitlichen Leistungen bei Ärzt*innen, in Krankenhäusern und bei sonstigen Leistungserbringer*innen, wie bei den anderen Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung auch. Erfahrungen aus Bremen zeigen, dass sich durch das Projekt in erheblichen Umfang administrative Kosten einsparen lassen (zum Beispiel bei der Abrechnungsstelle, der Administration der Krankenhilfe oder entsprechende Amtsarztkosten).

Die GRÜNE Fraktion will die Zugänge zur medizinischen Regelversorgung für Flüchtlinge verbessern und deren Krankenbehandlung auf eine gesetzliche Krankenversicherung übertragen. Sie hat deshalb den Antrag gestellt, eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge einzuführen. Sie orientiert sich dabei

am sogenannten „Bremer Modell“, das in Bremen und Hamburg bereits mit großem Erfolg umgesetzt wird. Hier erhalten die Flüchtlinge eine Versicherungskarte, mit der sie ohne den Umweg über das Sozialamt medizinische Leistungen in Anspruch nehmen können. Sie möchte auch in Wuppertal diesen Weg gehen und fordert die Verwaltung auf, entsprechende Vereinbarungen mit einer gesetzlichen Krankenkasse zu treffen. Noch besser wäre es allerdings, wenn eine solche Lösung landesweit gefunden werden könnte. Deshalb ist auch ein Appell des Rates der Stadt Wuppertal an die Landesregierung, eine NRW-Krankenkarte einzuführen, ein wesentlicher Teil des Antrages. Die Finanzierung könnte das Land über Finanzmittel aus der Sonderzahlung

des Bundes für dieses und nächstes Jahr sowie aus Mitteln für Gesundheit aus dem NRW Flüchtlingsgipfel gewährleistet werden.

Zugang zu psychiatrischen Hilfen vereinfachen

Der GRÜNE Antrag geht aber noch über das „Bremer Modell“ hinaus. Denn er fordert, auch den Zugang zu psychiatrischen Hilfen zu vereinfachen. Ein Großteil der Flüchtlinge, die zu uns kommen, ist traumatisiert – sei es durch die Situation in ihrem Heimatland oder durch Erlebnisse auf der Flucht. Viele haben einen Teil ihrer Familie zurückgelassen, andere wurden in ihrem Herkunftsland gefoltert. Etwa 40% von ihnen leiden an einer posttraumatischen Belastungsstörung. Um diesen Menschen zu

helfen, ist es oft notwendig, fachlich geschultes Personal mit interkultureller Kompetenz einzusetzen. Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) hat dazu im Dezember letzten Jahres ein Angebot gemacht, die rheinischen Kommunen bei der Betreuung von Flüchtlingen mit seiner Fachkompetenz zu unterstützen. Einen besonderen Behandlungsschwerpunkt für Personen mit Flüchtlingsgeschichte bietet das LVR-Klinikum Düsseldorf. Auf dieses Angebot sollte die Stadt Wuppertal unbedingt eingehen, denn die niedrigschwelligen Angebote der LVR-Kliniken können den traumatisierten Flüchtlingen helfen, ihre Erfahrungen schneller zu verarbeiten. Das trägt in jedem Falle auch dazu bei, dass sie sich in ihre neue Umgebung besser eingewöhnen.

VORGESTELLT: OLIVER GRAF

■ EIN PIRAT ENTERT DIE GRÜNEN

Ahoi zusammen, wie ihr den Medien vielleicht bereits entnommen habt (WZ, Radio Wuppertal, Wuppertaler Rundschau), bin ich im Januar einstimmig zum ordentlichen Fraktionsmitglied der Wuppertaler Ratsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN gewählt worden. Es ist also Zeit, mich einmal vorzustellen.

Mein Name ist Olli Graf, ich wurde 1969 in Wuppertal geboren und habe 1989 am Gymnasium Sedanstraße mein Abitur gemacht. Nach dem Grundwehrdienst studierte ich allgemeine Informatik an der FH Dortmund. Seit meiner Diplomierung arbeite ich als Anwendungsprogrammierer bei der Barmenia.

Als im Bundestagswahlkampf 2009 das technisch völlig ungeeignete Instrument „Sperrung von Webseiten“ diskutiert wurde, trat ich in die Piratenpartei ein, um gegen den Versuch, ein Medium zum freien Gedankenaustausch zu zensieren, anzukämpfen.

Im März 2014 wurde ich von den Piraten in Wuppertal als Spitzenkandidat aufgestellt und bei der Kommunalwahl am 25.05. in den Rat der Stadt Wuppertal gewählt.

Schon vor der Wahl wurde mir geraten, mich einer anderen Fraktion anzuschließen, und ich fand beim Vergleich der Wahlprogramme zwischen den



Foto: Mathias Kehren

GRÜNEN und den Piraten die größten Übereinstimmungen. Nach einem halben Jahr als Hospitant wurde mein neuer Fraktionsstatus inzwischen auch vom Oberbürgermeister anerkannt. Ich freue mich sehr über diese Entwicklung und bin gespannt, welche Themen wir in den nächsten Jahren gemeinsam bewegen werden.

Mit piratigen Grüßen
Olli Graf
www.ollital.de

PROJEKT WEGWEISER

Gemeinsam gegen gewaltbereiten Salafismus

Am Montag, den 02.03. wurde in Wuppertal die Beratungsstelle neben dem Café Moritz an der Höhne in Barmen eingeweiht. Nun hat auch Wuppertal eine feste Anlaufstelle für Menschen, die dem Salafismus den Rücken kehren wollen. Hier soll konkrete Hilfe für Menschen geleistet werden, die aussteigen wollen. Es wird aber auch Präventivberatung angeboten, zum Beispiel für Eltern, deren Kinder gefährdet sind, Lehrer*innen erhalten ebenfalls Unterstützung. Das Interesse von Schulen an Beratung und Unterstützung war schon lange vor der Eröffnung groß.

NRW-weit gibt es schon sehr erfolgreich arbeitende Projekte in Bonn, Düsseldorf und Bochum. Die Erfahrungen zeigen, dass dort jeweils zehn Anfragen täglich eingehen, das Angebot wird also gut angenommen. Ergänzend zu den anderen Projekten in NRW hat die Stadtverwaltung als Kooperationspartner die Uni Osnabrück gewinnen können, die das Projekt wissenschaftlich begleiten und die Arbeit auch auswerten wird.

Die Finanzierung teilen sich das Land NRW und die drei bergischen Städte

Wuppertal, Solingen und Remscheid. Die Beratungsstelle ist direkt beim Ressort Zuwanderung und Integration angesiedelt.

Für Wuppertal ist sie eine wichtige Bereicherung. Die drei dort in Teilzeit arbeitenden Menschen haben alle Islamwissenschaften studiert und sind deshalb in der Lage, auch religiös fundiert zu argumentieren. Zwei sind psychologisch geschult und sprechen mehrere Sprachen. Die Mitarbeiter*innen sind bestens gerüstet, um sowohl präventiv als auch für Ausstiegswillige tätig zu werden.

Das Projekt wird beraten durch die Moscheegemeinden von Remscheid, Solingen und Wuppertal.

Bislang haben sich mehr als 24 Jugendliche aus dem Bergischen Land dem islamistischen Terrorismus angeschlossen. Ab dem Alter von 15 Jahren sind die Jugendlichen gefährdet, der Kontakt zum Salafismus fängt oft mit dem Kumpel an, der einfach da ist und zuhört, wenn die Jugendlichen ein offenes Ohr brauchen. Auch für den Schutz vor solchen Einflüsterungen sind die Mitarbeiter*innen konkrete Ansprechpersonen.

Wir wünschen dem so wichtigen Projekt viel Erfolg.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel. 0202. 563. 6204

Fax: 0202. 59 64 88

E-Mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:

Anja Liebert (V.i.S.d.P.),
Sylvia Meyer (Redaktion), Bettina Brücher,
Oliver Graf, Klaus Lüdemann, Guido Mengelberg, Ilona Schäfer, Marc Schulz,
Marcel Simon, Tanja Wallraf, Frank ter Veld, Peter Vorsteher

Gastbeiträge:

Jutta Veltte MdL, Bergische
Landtagsabgeordnete der GRÜNEN

Dr. Hermann E. Ott, Wuppertal Institut
und MdB für Wuppertal 2009-2013

Satz und Gestaltung:

werkmarie, Friedrich-Ebert-Str. 143e,
42117 Wuppertal

Druck:

talavent UG, Friedrich-Ebert-Str. 143e,
42117 Wuppertal

Auflage: 17.500

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im
ADA, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V.,
Simonsstraße 36; AStA, Berg. Universität;
Behindert - na und?, Arrenberg'sche Höfe 4;
Café Moritz, Höhne 22; Cinema, Berliner
Straße; Die Färberei, Stennert 8;
Kreisgeschäftsstelle GRÜNES Büro,
Friedrich-Ebert-Str. 76; Katzensgold,
Untergrünewaldstraße 3; Nachbarschafts-
heim, Platz der Republik; Stadtbibliothek;
Spunk, Flensburger Straße 38;

Die Abgabe ist kostenlos!

HECKINGHAUSENS WAHRZEICHEN WIRD FIT GEMACHT

■ VIEL BEWEGUNG UM DEN UND ZUKÜNFTIG AUCH IM GASKESSEL

Da hatten die GRÜNEN 1999 im Hinblick auf den Gaskessel doch den richtigen Riecher. Nein, kein Entweichen des Inhalts war zu verzeichnen, denn dieser war schon seit 1997 nicht mehr vorhanden. Vielmehr stand das 60.000 Kubikmeter fassende Zwanzigkeck insgesamt zur Disposition.

Obwohl der Bau im August 1998 mit der Denkmalnummer 4087 in das Denkmalverzeichnis eingetragen worden war, obwohl er als „bedeutend für die Städte und Siedlungen und die Entwicklung der Arbeits- und Produktionsverhältnisse“ galt und ihm eine „stadtbildprägende Funktion und identifikatorische Markierung des Wuppertaler Ostens“ zugeschrieben wurde,

beschlossen SPD und CDU auf Empfehlung des damaligen Oberbürgermeisters Kremendahl den Abriss – obwohl es schon zu diesem Zeitpunkt erste Pläne zur kulturellen Nutzung gab.

Wir berichteten darüber in der Ausgabe Nr. 36/1998 von DIESE GRÜNEN. Auf Antrag der GRÜNEN im Mai 1999 wurden die Abrisspläne gegen den Widerstand der SPD zunächst zurückgestellt und die Prüfung einer weiteren Nutzung beschlossen (DIESE GRÜNEN Nr. 38/1999). Mit einem großen Fest und einer spektakulären Lichtshow wurde der Gasbehälter im September 1999 der Öffentlichkeit als erhaltenswertes Industriedenkmal präsentiert (DIESE GRÜNEN 39/1999).



Fotos: Mathias Kehren

Gut 15 Jahre später gibt es endlich Neuigkeiten:

Noch während der Prozess der Beantragung von Fördergeldern im Rahmen des städtebaulichen Programms „Soziale Stadt“ läuft, kommt die Nachricht, dass dem Projekt realistische Chancen auf Umsetzung zugesprochen werden und es einen ernsthaften Investor gibt. Im Februar 2015 ist es so weit: Der Wuppertaler Investor Thomas Drescher will einen „Sport-Park“ in den Heckinghauser Gaskessel hineinbauen. Ein Abriss ist damit wohl vom Tisch. „Das Programm Soziale Stadt und das Projekt Gaskessel würden enormen Schub für Heckinghausen bringen“, so der GRÜNE stellvertretende Bezirksbürgermeister Guido Mengelberg.

UNVERZICHTBAR IM ALLTAG

■ ZUKUNFT DER SPRACH- UND INTEGRATIONSMITTLER*INNEN UNKLAR

Sie waren in den letzten Jahren unverzichtbar und sind aus der Integrationsarbeit in Wuppertal nicht mehr wegzudenken: die Sprach- und Integrationsmittler*innen.

Sie wurden im Rahmen des Projektes „Sprint“ von der Diakonie Wuppertal ausgebildet. Immer, wenn z. B. bei Amtsgängen schnell Hilfe für Flüchtlinge und Asylbewerber*innen benötigt wurde, waren sie auch kurzfristig zur Stelle und überwandern Sprachbarrieren. Sie wurden dabei zu Vertrauenspersonen für die Klient*innen und zugleich wichtige Dienstleister*innen für die Institutionen. Dabei stand nicht nur die Arbeit als „Dolmetscher*in“ im Fokus, sondern auch niedrigschwellige sozialarbeiterische Hilfe wurde geleistet.

Auch für die Personen, die die Ausbildung zum/zur Sprach- und Integrationsmittler*in machten, bot sich durch die erhaltene berufliche Qualifikation eine zukunftsorientierte Berufsperspektive mit einer befristeten Anstellung.

Diese Personen, oftmals selbst ehemalige Flüchtlinge und mit sehr unterschiedlichen Erwerbs- und Lebensbiografien ausgestattet, stehen nun nach dem Auslauf der Förderphase des Projektes vor der Entscheidung, den steinigen Weg in die Selbstständigkeit zu gehen oder sich anderweitige berufliche Perspektiven zu suchen. Eine Übernahme der ausgebildeten Mitarbeiter*innen seitens der Diakonie ist weder möglich noch finanzierbar und entspricht auch nicht dem Gedanken des Projektes, welcher den

Aspekt Hilfe zur Selbsthilfe beinhaltet und die Mitarbeiter*innen für eine selbstständige Tätigkeit qualifizieren sollte. Neben dieser persönlichen und individuellen Unwägbarkeit kommt aber nun hinzu, dass die insgesamt 16 Mittler*innen den Institutionen fehlen. Denn die Budgets beispielsweise des Ressorts Integration und Zuwanderung geben eine Buchung der Integrationsmittler*innen nur im geringen Umfang her. Die Kosten für selbstständig tätige Mittler*innen sind natürlich höher als bisher in dem mit Fördermitteln subventionierten Projekt. Ein Stundenlohn von 25 Euro wird im Rahmen einer Selbstständigkeit auf keinen Fall zu halten sein, wenn die Integrationsmittler*innen von ihrer Tätigkeit auskömmlich leben wollen. Eine weitere Anschlussfinanzierung

des Projektes „Sprint“ ist, nachdem es bereits einmal verlängert wurde, leider nicht möglich. In Zeiten knapper Kassen ist auch mit einem Sonderzuschuss seitens der Stadt nicht zu rechnen. Doch es gibt Licht am Ende des Tunnels, denn im Sommer soll ein neues EU-Projekt mit dem Titel „Sprint akut“ aufgelegt werden.

Welche Gesellschaftsform das Projekt haben wird, ist noch unklar, und auch die Vergabe- und Durchführungsbedingungen sind deutlich komplexer geworden, sodass sich nach jetzigem Kenntnisstand kein Wuppertaler Träger für das Projekt bewerben wird. Wie dann in Zeiten zunehmender Flüchtlingsströme diese Aufgabe wahrgenommen werden kann, darauf gibt es noch keine abschließenden Antworten. Wir GRÜNEN werden am Ball

bleiben, denn ein qualitativer und quantitativer Ausbau der Flüchtlings- und Integrationsarbeit in Wuppertal ist vonnöten. Dieser kann sicherlich nicht mit der vorhandenen Anzahl an Mitarbeiter*innen in den verschiedenen Fachdiensten geleistet werden, sondern bedarf einer Ausweitung der personellen Ressourcen.

Und auch wenn ehrenamtliche Initiativen in der Flüchtlingsarbeit eine zunehmend wichtige Rolle spielen, kann diese hochkomplexe Arbeit nicht auf den Schultern des Ehrenamtes ausgeübt werden.

Wir werden weiterhin für die Menschen aktiv sein, die unsere Hilfe und Unterstützung brauchen. Wuppertal ist und bleibt bunt, auch wenn dies einige Ewiggestrige in dieser Stadt nicht wahrhaben wollen.

HELIOS ÜBERNIMMT ST. ANNA-KLINIK

■ MITARBEITER*INNEN BEHALTEN IHRE VERTRÄGE



Foto: Mathias Kehren

Spekulationen gab es schon lange – seit dem 22. Januar steht es fest: Das Helios-Klinikum Wuppertal übernimmt die Abteilung Gynäkologie und Geburtshilfe der St. Anna-Klinik an der Vogelsangstraße.

Über die genauen Pläne berichtete die Geschäftsführung dem Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit in der Februar-Sitzung. Die Übernahme soll zum 01.04.2015 erfolgen und der Betrieb zunächst am alten Standort fortgesetzt werden. Für das Frühjahr 2016 ist dann der Umzug an den Standort Barmen geplant, wo auf das Gebäude der Kinderklinik zwei Stock-

werke aufgesetzt werden. Dort sollen unter anderem moderne Kreißsäle entstehen. Ebenfalls mit umziehen werden die Hebammenschule, die Elternschule und die Babyklappe, die in Zusammenarbeit mit der Caritas am neuen Standort weiterbetrieben werden soll. Auch die Möglichkeit einer anonymen oder vertraulichen Geburt – wie sie in der St. Anna-Klinik seit einigen Jahren praktiziert wurde – soll es weiterhin geben. Fachlich ergeben sich durch diese Zusammenführung Vorteile. Wenn z.B. eine intensivmedizinische Betreuung eines Neugeborenen notwendig wird, so kann diese nun im selben Gebäude stattfinden, Mutter

und Kind werden nicht mehr getrennt. Nach einer langen Phase der Unsicherheit ist nun auch endlich die Zukunft der Mitarbeiter*innen geklärt. Alle 150 Angestellten, die der Abteilung Gynäkologie und Geburtshilfe angehören, werden durch Helios übernommen – sofern sie nicht selbst widersprechen. Dabei behalten sie auch ihre Arbeitsverträge. Das ist bei einer Betriebsüberleitung gesetzlich geregelt und betrifft auch die Zusatzversorgung. Die Helios-Geschäftsführung hat daran großes Interesse, denn sie sichert sich damit für die neue Abteilung einen qualifizierten Mitarbeiter*innenstamm. Unklar ist bisher jedoch, was mit der noch am Standort Vogelsangstraße bestehenden HNO-Abteilung passiert. Helios hat betont, kein Interesse an einer Übernahme zu haben.

Es wird keine Monopolstellung von Helios in Wuppertal geben, im Gegenteil: Es besteht sogar eine Vereinbarung zwischen Helios und den St. Antonius-Kliniken, künftig Geriatriepatienten in das Petrus-Krankenhaus zu verlegen und nicht wie bisher nach Schwelm. Allerdings ist offen, ob die Krankenpflegeschule in Wuppertal bleiben wird. Ebenso ist die Zukunft des Gebäudes an der Vogelsangstraße völlig unklar. Wir GRÜNEN werden die Entwicklung weiter beobachten und begleiten. Mit dem bisherigen Stand können wir allerdings zufrieden sein.

WUPPERTALER BÜHNEN

■ THE SHOW MUST GO ON

Es geht weiter bei den Wuppertaler Bühnen, auch nach der doch überraschenden Kündigung von Herrn Kamioka zum Jahr 2016.

Nachdem Oberbürgermeister Peter Jung seinen Aufsichtsratsvorsitz bei den Wuppertaler Bühnen abgegeben hat, ist die neue Aufsichtsratsvorsitzende Ursula Schulz bemüht, alle Vertreter*innen im Aufsichtsrat einzubeziehen. Auch Vorschläge, die von Vertreter*innen mittlerer und kleiner Fraktionen kommen, werden aufgenommen und finden sich in der Meinungsbildung wieder.

Dies ist wichtig, muss doch jetzt die Operntendanz neu besetzt und eine neue Generalmusikdirektorin oder ein neuer Generalmusikdirektor (GMD) gefunden werden. Auf die Findungskommission wartet viel Arbeit, doch sie hat sich einige hervorragende Berater an die Seite geholt.

Das sind Prof. Klaus-Peter Kehr, Operntendant am Mannheimer Nationaltheater, Prof. Lutz-Werner Hesse, geschäftsführender Direktor des Standorts Wuppertal der Hochschule für Musik und Tanz Köln, Werner Wittersheim, Leiter des Teams „Klassische Musik“ bei WDR 3, Peter Vaupel, Vorsitzender der Freunde der Wuppertaler Bühnen, sowie Till Söling vom Trägerverein Immanuelkirche. Diese Berater und die Gespräche mit dem Vorstand der Arbeitnehmer*innenvertreter des

Orchesters sowie mit dem Betriebsrat der Wuppertaler Bühnen werden dafür sorgen, dass man gut gerüstet in die Auswahlrunde der Bewerber*innen für die Positionen Intendanz und GMD geht. Wichtig aus GRÜNER Sicht ist, wie die Bewerber*innen eine größere Anzahl jüngerer Menschen für Oper und Konzert begeistern wollen, um der drohenden Überalterung des Publikums zu begegnen.

Dazu müsste auch mehr Werbung in vielfältiger Form in allen Stadtteilen Wuppertals sowie eine bessere Vernetzung mit den Musiklehrer*innen aller Schulformen stattfinden, damit Kinder und Jugendliche an das Orchester und an die Oper herangeführt werden. Die Sachlage hinsichtlich der Bewerbungen hat gezeigt, dass die Fachwelt weiß, dass Wuppertal ein leistungsfähiges Sinfonieorchester und mit der Stadthalle eines der besten Konzerthäuser Europas hat.

Jetzt gilt es, die Bewerbungsgespräche und die Auswahl in aller Ruhe und mit hoher Konzentration durchzuführen, damit die Wuppertaler Bühnen wieder handlungsfähig werden.

grün[®]
Keiner wie wir.

SCHULSPORT AM KATERNBERG

■ LÖSUNG IN SICHT

Nachdem die GRÜNEN mit einer Anfrage an die Verwaltung und einem Dringlichkeitsantrag im Schulausschuss noch einmal den Druck erhöht haben, ist eine baldige Lösung für das Schulsportproblem am Katernberg in Sicht. Nach den Osterferien soll eine Übergangslösung gefunden werden, bis die neue Sporthalle – Baubeginn frühestens Ende 2016 – fertiggestellt ist. Aktuell kann der Schulsport am Katernberg nur unter widrigen Bedingungen aufrechterhalten werden. Bei den Grundschüler*innen, denen zum Teil Schulbusse zur Verfügung gestellt werden, wird genauso viel Zeit für die Hin- und Rückfahrt zur Turnhalle aufgewendet wie für den tatsächlichen Sportunterricht. In der Gesamtschule verschlechtert sich das Verhältnis auf vier Teile Anreise und einen Teil Sport. Es ist völlig unzumutbar, dass

Lehrer*innen und Schüler*innen derart lange Wege in Kauf nehmen und zum Teil auf ihre Mittagspause verzichten müssen, um in der Turnhalle Simonsstraße Schulsport treiben zu können.

GRÜNER Druck wirkt

Wir GRÜNEN sind daher sehr froh, dass unser Drängen Wirkung gezeigt hat und die Verwaltung gemeinsam mit den betroffenen Schulen eine Lösung sucht. Wir werden das Thema Schulsport am Katernberg weiterhin kritisch begleiten und alles daransetzen, dass die Verwaltung auch den Neubau der dringend benötigten Dreifachturnhalle zügig vorantreibt, damit eine Situation wie an der Gesamtschule Langerfeld, wo jahrzehntelang auf eine Halle gewartet wurde, nicht noch einmal eintritt.

ONE BILLION RISING 2015

■ WUPPERTAL TANZT GEGEN GEWALT AN FRAUEN



Fotos: Privat

Seit 2013 gibt es die Kampagne „One Billion Rising“ gegen Gewalt an Mädchen und Frauen. In Tausenden Städten weltweit tanzen Menschen auf öffentlichen Plätzen zu dem Lied „Break the Chain“ – so auch in Wuppertal auf dem Elberfelder Kirchplatz. Denn darum geht es: sich erheben, befreien und gemeinsam tanzen.

Die GRÜNEN freuen sich sehr, dass auch in diesem Jahr wieder viele Menschen in Wuppertal dabei waren, um tanzend gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie für Freiheit, Bildung und gleichberechtigte Teilhabe an Gesellschaft und Politik für Frauen und Mädchen zu demonstrieren. Im Vorfeld hatten mehrere Schulklassen Tanzschritte eingeübt, eroberten

das Podium und zeigten diese zu dem mitreißenden Lied. Mit Erfolg: Der ganze Kirchplatz tanzte mit. Gemeinsam konnten wir Stärke und Solidarität beweisen, um das Ausmaß und die Alltäglichkeit der Gewalt gegen Mädchen und Frauen sichtbar zu machen.

Das Ausmaß an Gewalt ist erschreckend

Das Ausmaß an Gewalt, die tagtäglich gegen Frauen verübt wird, ist nach wie vor erschreckend. Weltweit erfährt jede dritte Frau mindestens einmal in ihrem Leben sexualisierte Gewalt. Auch in Deutschland und der EU gibt es noch immer ein hohes Maß an Gewalt gegen Frauen. In der EU haben 33 Prozent der Frauen

seit ihrem 15. Lebensjahr körperliche und/oder sexualisierte Gewalt erfahren. Dies entspricht etwa 62 Millionen Frauen. One billion, also eine Milliarde Frauen, sind laut Statistiken der Vereinten Nationen in ihrem Leben Opfer von Gewalt geworden.

... und in Wuppertal?

In Wuppertal ermittelte die Staatsanwaltschaft 2013 in 761 Fällen wegen Körperverletzung, Hausfriedensbruch, Nötigung, Beleidigung oder Bedrohung.

Auch das ständig belegte Frauenhaus und die hohen Besucherinnenzahlen in der Beratungsstelle beweisen: Das Ausmaß an Gewalt gegen Frauen ist auch bei uns groß.

Gewalt gegen Frauen wirkt sich tagtäglich auf die gesamte Gesellschaft aus. Deshalb finden wir GRÜNEN Aktionen wie One Billion Rising außerordentlich wichtig, denn sie machen Gewalt gegen Frauen sichtbar. Nach wie vor gehören die gesellschaftliche und familiäre Tabuisierung und Bagatellisierung zu den größten Hindernissen für die Abschaffung von Gewalt gegen Frauen. Wir sind auch im nächsten Jahr wieder dabei!

Alle GRÜNEN Anfragen, Anträge, Pressemitteilungen, Stellungnahmen, im Rat gehaltenen Reden, Newsletter und älteren Ausgaben der Fraktionszeitung finden Sie in den Rubriken Aktuelles oder Presse unter www.gruene-wuppertal.de.

ANZEIGE

POLITIK MITGESTALTEN – MITGLIED WERDEN!

Friedrich-Ebert-Str. 76
42103 Wuppertal
Telefon: 0202 / 87811
Telefax: 0202 / 82444

www.gruene-kvwuppertal.de
gruene-wuppertal@t-online.de
Facebook
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN WUPPERTAL

NACHRUF

■ UDO SCHRAMM

Nach langer, schwerer Krankheit ist unser Fraktionsreferent Udo Schramm am 12. Februar 2015 im Alter von 60 Jahren gestorben. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist sehr erschüttert über seinen frühen Tod. Wir alle haben ihn als klugen, besonnenen und humorvollen Menschen erlebt und geschätzt, der das Team in der Fraktionsgeschäftsstelle bereicherte und die Stadtverordneten und Bezirksvertreter*innen in den Themenfeldern Stadtentwicklung, Finanzen und darüber hinaus unterstützte, wo es nur ging.

Wir verlieren mit Udo einen lieben Kollegen und GRÜNEN Mitstreiter, der noch so viele Pläne und Ideen hatte. Er liebte den Sport, fuhr Rad und trainierte für den Marathon. Das verlieh ihm einen langen Atem und Ausdauer, ein Vorteil auch für sein Amt als GRÜNER Bezirksvertreter in seinem Wohnort Bochum.

Wir vermissen ihn sehr und werden immer mit großer Sympathie an ihn denken. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau und seiner Tochter.



Archivfoto: Jörg Lange

RADVERKEHR IN WUPPERTAL

■ FREIE FAHRT IN GEGENRICHTUNG

Die Erfahrung mit Einbahnstraßen, die für den Radverkehr in Gegenrichtung freigegeben wurden, zeigt, dass der Verkehrsfluss flott verläuft und dass es weniger Unfälle mit Radfahrer*innen gibt.

Die Freigabe der Einbahnstraße bringt einige Vorteile für Radfahrer*innen: Umwege und gefährliche Straßen können vermieden werden, Augenkontakt mit den entgegenkommenden Autofahrer*innen ist möglich, Autofahrer*innen sitzen links, befinden sich also dichter bei den Radfahrer*innen als beim Überholen und können somit den benötigten Platz in einer schmalen Straße besser einschätzen, und die Radfahrer*innen können in einem dichten Netz von Verbindungen und Abkürzungen radeln, welches die Nutzung des Fahrrads in einer Stadt mit Steigungen besonders fördert.

Die Freigabe ist aber kein Gnadentakt! Obwohl in der Verwaltungsvorschrift für Verkehrszeichen 220 „Einbahnstraße“ kann steht, ist die Freigabe selbst eine Muss-Vorschrift, denn für das Verbot des Radelns in Gegenrichtung muss ein Grund im Sinne von § 45 (9) StVO benannt werden. In Wuppertal wurde diese Freigabe oft abgelehnt mit Argumenten wie:

1. eine Alternativroute ist vorhanden;
2. die Einbahnstraße ist zu schmal/unübersichtlich;
3. das Parken von Autos müsste eingeschränkt werden.

Das alles sind keine hinreichenden Gründe dafür, die Einbahnstraßenfreigabe gemäß § 45 (9) StVO nicht zu erteilen. Radfahrer*innen in einer Richtung die Durchfahrt zu verbieten, ist nur bei Vorliegen von besonderen, das allgemeine Verkehrsrisiko übersteigenden, Gefahrenlagen zulässig, sonst muss die Durchfahrt erlaubt werden.



Archivfoto: Mathias Kehren

GASTBEITRAG: BERICHT AUS DEM LANDTAG

■ VON JUTTA VELTE MDL, BERGISCHE LANDTAGSABGEORDNETE DER GRÜNEN

Es braucht ganz Wuppertal ...

Krieg, Vertreibung, Angst, Flucht, Unsicherheit – kaum einer kann sich wirklich vorstellen, was die Menschen, die als Flüchtlinge nach Wuppertal kommen, durchgemacht haben. So anders ist die Welt in einem der vielen Länder, in denen (Bürger-)Kriege toben. Für die Menschen, für die Familien andersorts geht es um die Existenz, es geht zum Teil ums nackte Überleben. Diese Menschen sind auf unser aller Hilfe und Unterstützung angewiesen. Auch in Wuppertal gibt es eine Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft: Spenden gehen ein, Patenschaften werden übernommen, die Stadtgesellschaft rückt näher zusammen, wenn es darum geht, den menschenfeindlichen Parolen der Rechten etwas entgegenzusetzen.

Integration geht vor

Während in Europa, im Bund und im Land über Ursachen, Maßnahmen und Haltungen zu Flüchtlingsfragen teils erbittert gestritten wird, geht es in Wuppertal um Konkretes. Es geht um die Menschen, es geht um Ankommen, um Willkommen. Denn eines ist klar: Es kommen Menschen mit Bildung, Erfahrungen, Kenntnissen und Qualifikationen. Menschen, die länger bleiben werden. „Zur Integration gibt es keine Alternative“ – so formuliert es die Dortmunder Sozialdezernentin Bir-



Foto: Privat

git Zoerner.

Damit die Integration auch gelingen kann, hat das Land NRW ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, das teilweise konkret vor Ort wirkt: finanzielle Mittel für die Kitas und die Kinderbetreuung, für die Offenen Ganztagschulen, für neue Lehrerstellen, für die ehrenamtliche Arbeit, für Deutschkurse. Aber auch Regelungen, die einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt sicherstellen sowie eine stärkere Beratung durch die Universitäten. Mittel also, die bei der Bewältigung der Aufgaben in den Kommunen helfen können.

Trotzdem bleiben die Herausforderungen für Wuppertal groß. Die Menschen müssen untergebracht werden,

die Kinder wollen Kitas und Schulen besuchen, die Eltern suchen dringend Arbeit. Und – es braucht Geduld bei der Umsetzung.

Integration gelingt vor Ort

Es kommt nun darauf an, die Mittel in Wuppertal zum Wohle aller einzusetzen. Die einzelnen Maßnahmen müssen aufeinander abgestimmt und koordiniert werden. Dies gelingt am besten, wenn es ein breites Bündnis aus Hilfsorganisationen, Kirchen- und Moscheegemeinden, Sportvereinen, Verwaltung, Wohlfahrtsverbänden, Bildungsträgern, Arbeitgeber*innen und Politik gibt.

In vielen Städten haben sich deshalb runde Tische gebildet, manchmal unter der Leitung der kommunalen Integrationszentren und/oder der Stadtverwaltungen.

Durch den direkten Kontakt können die Aktivitäten gut miteinander vernetzt und Doppelarbeiten vermieden werden. Die Kunst wird jetzt sein, die Kräfte zu bündeln. Dies kann in Wuppertal nur mit Hilfe der Stadtgesellschaft gelingen.

Es gibt also viel zu tun.

Und noch ein Wort zur Politik: Besonders erfolgreich sind runde Tische im Übrigen dort, wo Politik sich konstruktiv und ohne parteipolitisches Gezänk einbringt. Die Not von Menschen eignet sich in keiner Weise für politische Ränkespiele.

SPIELSUCHT

■ MEHR ALS 30 MILLIONEN EURO VERZOCKT

In der Februar-Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit stand das Thema Spielsucht wieder einmal auf der Tagesordnung.

Die FDP-Fraktion hatte gemeinsam mit uns GRÜNEN den Antrag gestellt, die Spielsuchtprävention auszubauen, denn auch nach der Umsetzung des Spielhallenkonzeptes und der Erhöhung der Vergnügenssteuer auf inzwischen 20% hat sich die Zahl der Spielautomaten in Wuppertal nicht reduziert. Stattdessen stellte sich aber heraus, dass es zunächst einmal darum gehen muss, die Spielsuchtberatung in Wuppertal zu erhalten. Die Fachstelle, die von der Caritas betrieben wird, kostet (inklusive Fortbildungsmaßnahmen etc.) rund 70.000 Euro pro Jahr. Vom Land gibt es einen Zuschuss von 15.000 Euro, den Rest muss die Caritas aus Eigenmitteln finanzieren, was sie auf Dauer nicht leisten kann.

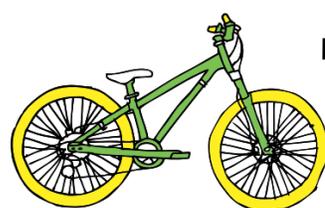
In einem engagierten Vortrag stellte die Leiterin der Suchtberatung bei der Caritas die Problematik dar. Eine Zahl war dabei besonders schockierend: Im Jahr 2014 wurden in Wuppertal etwas mehr als 30 Millionen Euro verspielt!

Spielsuchtberatung muss erhalten bleiben

Als pathologisch spielsüchtig gelten in Wuppertal etwa 3000 Menschen. Doch es greift zu kurz, die Zahl der Betroffenen allein darauf zu reduzieren, denn in den meisten Fällen haben die Spielsüchtigen Angehörige, Partner*innen oder Kinder, die von der Spielsucht – also dem fehlenden Geld – mit betroffen sind. Man muss demzufolge die Zahl der Betroffenen verdreifachen. Umso wichtiger ist es, eine qualifizierte Spielsuchtberatung zu erhalten. Dazu könnte man folgende Rechnung aufmachen: Bei 30 Millionen verspielten Euro nimmt die Stadt Steuern in Millionenhöhe ein.

Allein durch die Erhöhung der Vergnügenssteuer von 18 auf 20% werden Mehreinnahmen in Höhe von 500.000 Euro erwartet. Würde man 10% davon für die Beratung aufbringen, wäre das im Verhältnis ein sehr geringer Betrag. Aber so kann die Verwaltung natürlich nicht rechnen, weil die Einnahmen längst anderweitig verplant sind. Darum hat der Ausschuss die Verwaltung nun aufgefordert, nach Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen, um die Spielsuchtberatung dauerhaft zu sichern.

Wir GRÜNEN hegen jedoch die Befürchtung, dass dies zulasten anderer Angebote im Sozialbereich gehen wird. Das ist aus unserer Sicht nicht zielführend, vor allem angesichts der Tatsache, dass für andere Projekte problemlos hohe sechsstelligen Beträge locker gemacht werden können. Darauf werden wir bei den nächsten Haushaltsberatungen ein Auge haben!



Fahrrad selber kaufen

ABO
geschenkt

Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig per E-Mail erhalten möchten, bitte eine Mail an fraktion@gruene-wuppertal.de senden.



Foto: Privat

RATS-CHRONIK DEZEMBER 2014



Archivfoto: Jörg Lange

Ehre, wem Ehre gebührt

Vor Beginn der Tagesordnung wurden langjährige Politiker*innen mit Ehrennadeln ausgezeichnet. Bei insgesamt 30 Personen waren vier GRÜNE Ehrenamtler dabei: Paul Yves Ramette und Gerhard Schäfer wurde für 15 Jahre politisches Engagement in Wuppertal die bronzene Ehrennadel verliehen, Peter Vorsteher und Wilfried Goeke-Hartbrich bekamen die silberne für 20 Jahre Ehrenamt. Zum Dank erhielten die vier darüber hinaus von den GRÜNEN Fraktionsvorsitzenden kleine, Wuppertal-typische Präsente.

Versorgung am Hauptbahnhof

Ende November berichteten die Medien, dass sowohl das Zeitschriftengeschäft als auch die Bäckerei und der Kiosk am Hauptbahnhof zum Jahresende schließen würden. Die GRÜNEN halten es für wichtig, dass Menschen am Hauptbahnhof Reiseartikel kaufen können, und fragten, was die Stadt unternimmt, um eine Versorgung sicherzustellen. In ihrer Antwort wies die Verwaltung darauf hin, dass die Deutsche Bahn

zuständig ist und bisherige Gespräche ohne konkretes Ergebnis geblieben seien.

WSW-Aufsichtsräte sollen Gleichstellung in den Blick nehmen

Mit drei weiteren Fraktionen stellten die GRÜNEN den Antrag, dass bei den WSW Gleichstellungsarbeit auch durch die Mitglieder des Aufsichtsrates unterstützt werden muss. Ein Gleichstellungsbericht soll vorgelegt und die Gleichstellungsbeauftragte in ihrer Arbeit unterstützt werden, denn Gleichstellung braucht mehr als schöne Worte. SPD und CDU verwehrten dem Antrag eine Mehrheit.

Kommunalfinanzen: Der Bund bleibt weiter in der Pflicht

Nach wie vor sind viele Städte wie Wuppertal verschuldet. Das rot-grün regierte Land NRW hat seinen Teil zur Hilfe beigetragen, indem es den Stärkungspakt Stadtfinanzen aufgelegt hat. Die Bundesregierung hat ihre Zusagen jedoch nicht eingehalten, deshalb stellte die GRÜNE Fraktion den

Antrag, auch sie in die Pflicht zu nehmen. Sie soll den Kommunen die zugesagten Gelder überweisen. SPD und CDU fanden den GRÜNEN Antrag so toll, dass sie einen fast wortgleichen Änderungsantrag stellten und diesen beschlossen. Damit bestätigten sie einmal mehr ihren Ruf als Ideenräuber, die gute Anträge nicht unterstützen, sondern kopieren und als ihre eigenen verkaufen.

Erhalt kontra Verkauf des Carnaper Platzes

Die GRÜNEN wollen, wie auch die Bezirksvertretung Barmen, den Carnaper Platz für Veranstaltungen erhalten. Die Verwaltung hatte eine Vorlage zum Verkauf des Platzes an die Stadtwerke in den Rat eingebracht, weil dort die neue Zentrale gebaut werden soll. Eine Sitzungsunterbrechung wurde notwendig, weil die Koalitionspartner sich im Rat nicht einig wurden. Zum Schluss verhielt sich der Großteil von SPD und CDU beratungsresistent und beschloss den Verkauf, vier Mitglieder der GroKo stimmten in geheimer Abstimmung gegen die Verwaltungsvorlage.

Verlagerung von offener Kinder- und Jugendarbeit von Vohwinkel nach Wichlinghausen

Die Verwaltung wollte 80.000 Euro jährlich für Offene Jugendarbeit aus dem Quartier Höhe in Vohwinkel nach Wichlinghausen verschieben. Die GRÜNEN stimmten gegen diese Vorlage, weil die Mittel im Quartier Höhe weiterhin dringend gebraucht werden. In beiden Stadtteilen gibt es Probleme, deshalb sollten die wenigen Gelder nicht zwischen ihnen verschoben werden, sondern die „zu kurze Bettdecke“ muss „verlängert werden“.

EHRE, WEM EHRE GEBÜHRT

Auszeichnungen für langjähriges Engagement

Am 15.12.2014 wurden vier GRÜNE Politiker mit Ehrennadeln ausgezeichnet: Peter Vorsteher (im Bild links) und Wilfried Goeke-Hartbrich (2. von links) bekamen die silberne Ehrennadel für 20 Jahre Ehrenamt, Paul Yves Ramette (2. von rechts) und Gerhard Schäfer (rechts) wurden für 15 Jahre die bronzene verliehen. Sie erläutern, was sie motiviert, sich für ihren Bezirk und ihre Stadt zu engagieren.

Peter Vorsteher brachte während seiner Ratstätigkeit und seines Engagements in der Bezirksvertretung Cronenberg viele Ideen ein, die er aus Gesprächen mit den Bürger*innen der Stadt gewinnen konnte – sei es hinsichtlich des Baus der Sambatrasse oder Anfragen von Eltern nach Übungsräumen für Rockgruppen. Für ihn war es in den letzten 20 Jahren wichtig zu hören, wo die Bürger*innen der Schuh drückt.

Wilfried Goeke-Hartbrich bekommt durch seine Zugehörigkeit zur Bezirksvertretung Elberfeld-West seit 1994 hautnah mit, was in seinem Umfeld passiert und nutzt die Chance, im Rah-

men der BV Dinge mitzugestalten, zum Beispiel die positiven Entwicklungen im ärmsten Stadtteil von Wuppertal, dem Arrenberg, oder auch die Infrastruktur für Fahrradfahrer*innen, zu denen er zählt. Ihm gefällt vor allem, dass die Bezirksvertretung das politische Gremium mit dem engsten Kontakt zu den Bürger*innen im Stadtteil ist.

Paul Yves Ramette treiben im Stadtrat die bisher nicht umgesetzten Rechte von Kindern und Jugendlichen an. Die wirtschaftliche Armut vieler Familien in Wuppertal darf nicht an kommende Generationen weitergegeben werden. Deswegen engagiert er sich insbesondere für mehr Kita-Plätze als erster Bildungseinrichtung und Plätze für den offenen Ganztags an Grundschulen.

Gerhard Schäfer war eine Ratsperiode lange Stadtverordneter und ist seit 1994 Bezirksvertreter in Vohwinkel. Er hat im Rat den fünften Kessel der Müllverbrennungsanlage mit verhindert. In der BV liegen ihm vor allem Radwegeverbindungen zu allen Trassen und die Anbindung aller Buslinien an den Bahnhof am Herzen und er freut sich seit 2009 an einer ersten rot-GRÜN-roten, erfolgreichen Mehrheit in Vohwinkel.



Foto: Privat

RATS-CHRONIK FEBRUAR 2015

Carnaper Platz – Aufhebung eines Ratsbeschlusses

Das großartige Engagement des Rotter Bürgervereins und vieler Bürger*innen und das angekündigte Bürgerbegehren haben dazu geführt, dass die Wuppertaler Stadtwerke auf die Bebauung des Carnaper Platzes verzichten. Damit Worten auch Taten folgen, haben wir mit den anderen demokratischen Oppositionsfraktionen den Antrag gestellt, die Vorlage zum Verkauf des Carnaper Platzes plus diejenige zur Umnutzung des Stadionvorplatzes aufzuheben. Die Verwaltung brachte fast zeitgleich eine Vorlage dazu ein. SPD und CDU nahmen diese als Entscheidungsgrundlage, wir stimmten zu.

Private Investitionen im Rahmen der städtebaulichen Neuordnung Döppersberg/Hauptbahnhof

Am 10. Februar hat der Rat der Stadt Wuppertal mit den Stimmen von SPD und CDU beschlossen, das Grundstück am Döppersberg an den Investor Signature Capital zu verkaufen. Die GRÜNE Ratsfraktion hat sich bei der Abstimmung enthalten, weil wir den Döppersberg-Umbau für unentbehrlich halten, den Billigtextilien-Händler Primark am Eingangstor zur Stadt jedoch ablehnen.

Einerseits muss das Projekt Döppersberg umgesetzt werden: Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass die Umgestaltung des Döppersbergs für Wuppertal absolut notwendig ist. Aus Verkehrssicht wird damit

dem ÖPNV der Vorrang vor dem Autoverkehr gegeben, der Busbahnhof wird an den Hauptbahnhof verlagert und die Fußgänger*innen können den Bahnhof ebenerdig erreichen, ohne durch einen Tunnel zu müssen.

Andererseits wollen wir Primark nicht als Eingangstor zur Stadt:

Wir haben unseren Teil dazu beigetragen, dass Wuppertal seit 2010 Fair-Trade-Stadt ist. Mit Primark als Billig-Textilhändler ist diese Auszeichnung nicht zu vereinbaren. Die geringen Preise der Wegwerf-Klamotten gehen auf Kosten der Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhne der Menschen, die sie v.a. in Asien produzieren.

Resolution für bessere Arbeitsbedingungen in den Kleidungsfabriken

Die GRÜNE Ratsfraktion wollte nicht nur reden, sondern ein klares Bekenntnis des Rates zu fairen Arbeitsbedingungen erreichen.

Deshalb beantragte unsere Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Bettina Brücher, dem ökumenischen Vorschlag von Superintendentin Frau Federschiedt und Stadtdechant Herrn Dr. Kurth zu folgen und Primark aufzufordern, dem Textilbündnis des Bundesentwicklungsministers beizutreten. Dieses setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen in den Kleidungsfabriken ein. SPD und CDU meldeten Beratungsbedarf an, weshalb der Antrag erst in der Ratssitzung im März behandelt werden konnte.

Umsetzung des Ratsbeschlusses zu Verkehrsinformationen

Auf der Grundlage eines GRÜNEN Antrages beschloss der Rat im September 2014, eine übersichtliche und aktuelle Baustellen-Datenbank auf der städtischen Homepage einzurichten, damit sich die Bürger*innen schnell über die Verkehrssituation informieren können. Der Beschluss ist noch immer nicht umgesetzt, deshalb fragte die GRÜNE Fraktion nach. Zur Ratssitzung erfolgte keine Antwort, auf Nachfrage unserer Fraktionsvorsitzenden Anja Liebert wurden Kommunikationsprobleme innerhalb der Verwaltung als Grund genannt. Das ist mehr als bedauerlich, aber wir bleiben hartnäckig, bis die Baustellen-Datenbank eingerichtet ist.

Der Wuppertaler Haushalt wird geschlechtergerecht

Der städtische Haushalt ist nicht geschlechtsneutral, er wirkt sich sowohl hinsichtlich der Einnahmen als auch der Ausgaben auf Männer und Frauen unterschiedlich aus. Deshalb stellten die GRÜNEN den Antrag, ihn Schritt für Schritt geschlechtergerecht aufzustellen. Die Verwaltung, aber auch die Fachausschüsse sollen dabei aktiv mitwirken. Immerhin, der Antrag wurde nicht – wie bei einer ähnlichen Initiative 2006 – einfach abgelehnt. Es gibt kleine Fortschritte, jetzt hat sich die GroKo etwas bewegt. Die SPD schlug vor, das Thema im Gleichstellungsausschuss zu vertiefen und an einem Bei-

spiel aus der Stadtentwicklung einen geschlechtergerechten Haushalt darzustellen. Danach soll entschieden werden, wie weiterverfahren wird. Diesem Verfahren stimmten wir zu.

Nachtragshaushalt

Die GRÜNEN beantragten einen Nachtragshaushalt, da die finanzielle Situation nicht mehr dem beschlossenen Haushalt 2014/2015 entspricht. In seiner Rede strich unser finanzpolitischer Sprecher Klaus Lüdemann heraus, dass der Haushaltsplan und die Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes erhebliche Risiken, z.B. geringer ausgefallene Gewerbesteuererinnahmen, weniger Schlüsselzuweisungen und mehr Sozialkosten, beinhalten und dies mit der Aufstellung eines Nachtragshaushaltes korrigiert werden müsse. SPD und CDU sahen das anders und lehnten den Antrag ab.

„Ein Bündnis für Fairness“ – Primark soll beitreten

Die GRÜNEN stellten den Antrag, dass Primark aufgefordert wird, dem Textilbündnis des Bundesentwicklungshilfeministers Müller für bessere Arbeitsbedingungen in den Kleidungsfabriken der Entwicklungsländer beizutreten. SPD und CDU konterten mit einem eigenen Antrag. Die GRÜNE Bürgermeisterin Bettina Brücher ergänzte den Antrag um die zukünftig in Wuppertal ansässigen Unternehmen, damit der Antrag auch für Primark gilt. Der Rat beschloss mit großer Mehrheit.

Schulbusse für den Katernberg einsetzen

Die Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage der GRÜNEN zum Schulausschuss am 25.02. bestätigte, dass ein regulärer Schulsport an der Grundschule und an der Gesamtschule am Katernberg nicht mehr möglich ist. Deshalb stellten die GRÜNEN zum Rat den Antrag, dass bis zur Fertigstellung und Inbetriebnahme einer neuen Sporthalle Schulbusse eingesetzt werden, um die Schüler*innen sicher und schnell von der Schule zur Sporthalle und zurück zu bringen. Daraufhin gab es Gespräche zwischen den Schulen und der Verwaltung: bis zu den Osterferien soll eine Lösung im Konsens gefunden werden. Da unser Antrag der Motor des Erfolges war und sein Ziel erreicht hat, zogen wir ihn im Hauptausschuss am 04.03. zurück.

Stellungnahme der Stadt Wuppertal zum Regionalplan

Die Stellungnahme der Stadt Wuppertal zum Regionalplan-Entwurf beinhaltet einige Aussagen, die wir teilen, z. B. die Kritik an der Streichung von regionalen Grünzügen. Wir kritisieren, dass die Fläche der Kleinen Höhe noch als Gewerbefläche im Entwurf des Regionalplanes enthalten ist. Insgesamt haben wir GRÜNEN uns enthalten, da in der Stellungnahme der Stadt der Flächenschutz, die biologische Vielfalt und der Klimaschutz nicht den Stellenwert erhalten, der einer wirklich nachhaltigen Raumordnung entspricht.

RATS-CHRONIK MÄRZ 2015